



Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes**
und **Fraktion (AfD)**

Auswirkungen des Green Deal auf die bayerische Landwirtschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Studie bei einem namhaften agrarwissenschaftlichen Institut in Auftrag zu geben über die Auswirkungen des von der EU-Kommission initiierten Green Deal auf die bayerische Landwirtschaft.

Dabei sind folgende Gesichtspunkte explizit zu untersuchen:

- ökonomische Folgen
- Einschränkung bei Bewirtschaftungsmethoden
- soziologische Folgen
- ökologische Folgen
- Ernährungssicherheit bzw. Selbstversorgungsgrad
- Entwicklung der Erträge aus landwirtschaftlicher Produktion
- Entwicklung der Erzeugerpreise und Verbraucherpreise für Lebensmittel

Begründung:

Die Green-Deal-Strategie der EU zielt auf eine Reduktion von Pflanzenschutzmitteln und Mineraldüngern, fordert mehr Ökolandbau, Maßnahmen zur Verbesserung der Biodiversität und eine erhebliche Minderung der Treibhausgase in der Landwirtschaft.

Kernelemente, insbesondere aus Sicht der Landwirtschaft, sind die „Farm-to-Fork-Strategie“ („Vom Hof auf den Tisch“ – F2F) und die Biodiversitätsstrategie.

Wie der mündliche Bericht des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft (StMELF) und Forsten im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten am 08.02.2023 ergeben hat, befassen sich die vorliegenden Studien von vier Instituten über die Auswirkungen des Green Deal ausschließlich mit den Folgen für die gesamte EU bzw. die Weltagrarwirtschaft.

Das Thünen-Institut (Prof. Dr. Folkhard Isermeyer) konstatiert in seiner Studie zum Green Deal „Auswirkungen aktueller Politikstrategien auf Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei“ aus 2020:

„Die Nachhaltigkeits-Architektur muss auch den Internationalen Handel einbeziehen“ und weiter: „Der Finanzierungsbedarf bei einem EU-Ökoflächenanteil von 25 Prozent liegt bei 30–45 Prozent der gegenwärtigen ELER-Mittel“.

Das Budget für ELER beträgt für den Förderzeitraum 2021–2027 78,8 Mrd. Euro (davon ca. 6.9 Mrd. Euro für Deutschland).

Die Justus-Liebig-Universität Gießen (Prof. Dr. Rainer Kühl) befand in ihrer Studie aus 2021 „Green Deal: Wie und zu welchem Preis können die Ziele von der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft erreicht werden“: Es wird erhebliche Produktionsrückgänge der inländischen Agrar-Produktion um 9 bis 10 Prozent geben. Die Deckungsbeiträge sinken um 40 Euro/ha. Sofern höhere Produktionsstandards für außereuropäische Anbieter durchgesetzt werden können, führt das zu höheren Verbraucherpreisen. Wenn dies nicht der Fall ist, führt das zu einem erhöhten „Carbon Leakage Risiko“ und zu Strukturbrüchen in der heimischen Landwirtschaft bei gleichbleibenden Verbraucherpreisen.

Die Universität Kiel (Prof. Dr. Dr. Christian Henning) folgert aus ihrer Studie aus 2021 „Ökonomische und Ökologische Auswirkungen des GREEN DEALS auf die Agrarwirtschaft“:

Produktionsrückgänge bei Rindfleisch und Getreide um 20 Prozent führten dazu, dass die EU vom Rindfleisch- und Getreide-Exporteur zum Importeur würde. Durch den Carbon Leakage-Effekt führt die „Farm-to-Fork-Strategie“ zu neutraler THC-Bilanz.

Es sind signifikante Preissteigerungen zu erwarten: bei Rindfleisch +58 Prozent, bei Schweinefleisch +48 Prozent, bei Milch +36 Prozent.

Auf der Verbraucherseite würde das zu Mehrausgaben in Höhe von 157 Euro pro Einwohner führen. Sollten die Preise stabil gehalten werden, würden die Kosten komplett von den Landwirten getragen. Dadurch käme es zu Produktionsverlagerungen ins Ausland.

Erste Abschätzungen der potenziellen wirtschaftlichen Auswirkungen der Farm-to-Fork-Strategie wurden von der Forschungsabteilung des US-Landwirtschaftsministeriums 2020 erarbeitet. Die Studie zeigt drei mögliche Szenarien auf:

Wenn die EU die Strategie alleine umsetzt, würde das zu einer Verringerung der landwirtschaftlichen Einkommen um -16 Prozent führen.

Bei Erweiterung auf EU-Handelspartner und Einschränkung von Importen aus Regionen, die Strategie nicht anwenden um 50 Prozent, hätten wir eine leichte Erhöhung der Einkommen um +7,5 Prozent.

Bei einem sehr unwahrscheinlichen „globalen Szenario“ wäre die Schätzung eine Erhöhung der Einkommen um ca. 15 Prozent.

In jedem Falle käme es zu einem Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion in der EU mit negativen Auswirkungen auf die weltweite Lebensmittelversorgung, Preissteigerungen und Verlust an Wettbewerbsfähigkeit.

Diese Studien zeigen aufgrund unterschiedlicher Ansätze, Modelle und Annahmen eine Bandbreite möglicher Auswirkungen auf.

Die Studien sind allerdings sämtlich vor dem Ukrainekrieg entstanden und berücksichtigen nicht die aktuellen Entwicklungen, insbesondere die erheblichen Kostensteigerungen für Energie und Betriebsmittel sowie Baukosten für „tierwohlgerichte“ Stallungen.

Es gibt keine spezifischen Daten für Bayern.

Die Folgen für die Landwirtschaft hängen stark davon ab, ob Drittstaaten, also Handelspartner der EU, beim Green Deal mitmachen.

Insgesamt ist ein Rückgang der gesamten EU-Landwirtschaft zu erwarten, ferner hat der Green Deal Auswirkungen auf arme Drittländer hinsichtlich ihrer Ernährungssicherung.

Bei falscher Umsetzung des Green Deal ist sogar die weltweite Ernährungssicherung gefährdet.

Nach Aussage des StMELF gibt es derzeit keine Studie, die sich ausschließlich mit den Konsequenzen für die bayerische Landwirtschaft befasst.

Die Landwirtschaft in Bayern zeichnet sich durch kleinbäuerliche Strukturen aus, zudem gibt es erschwerte Bewirtschaftungsverhältnisse, z. B. Hanglagen im voralpinen Raum oder im Bayerischen Wald. Die mittlere Flächenausstattung eines Betriebs ist zum Beispiel in Niedersachsen fast doppelt so groß wie die in Bayern, auch der Viehbesatz ist deutlich geringer.

Daher besteht auch nach Aussage des StMELF die Aufgabe darin, eine Studie zu den Auswirkungen des Green Deal spezifisch nur für Bayern erstellen.